

den Zugang zu essenziellen Daten für Wettbewerber sicherzustellen. Auch sollte es Nutzerinnen und Nutzern ermöglicht werden, eigene Daten an andere Anbieter übertragen zu können (sogenannte Datenportabilität).

2. MARKTVERSAGEN KORRIGIEREN UND RESSOURCENEFFIZIENZ STEIGERN

Die Digitalisierung kann auf der einen Seite helfen, die Funktionalität von Märkten zu verbessern, zum Beispiel, wenn Informationen für Marktteilnehmer leichter verfügbar sind und dadurch Unsicherheiten verringert werden. Auf der anderen Seite kann die Digitalisierung aber auch über positive und negative Externalitäten zu Marktversagen führen und staatliche Interventionen notwendig machen.

Bei Externalitäten entsteht der Gesellschaft ein Nutzen (positive Externalitäten) bzw. ein Schaden (negative Externalitäten), der jeweils in den Preisen der sie auslösenden Güter und Dienstleistungen nicht vollständig abgebildet wird; es kommt zu einer Unter- bzw. Überproduktion dieser Güter und Dienstleistungen.

DEN AUSBAU DER DIGITALEN INFRASTRUKTUR WEITER FÖRDERN.

Der Ausbau von leistungsfähigen Breitbandanschlüssen bewirkt beispielsweise einen positiven externen Effekt in zahlreichen anderen Branchen. Leistungsfähige Breitbandanschlüsse sind Grundlage für die Nutzung digitaler Dienste und neuer Geschäftsmodelle, fördern damit Innovation und Wachstum und können so auch einen Beitrag zur ökonomischen Nachhaltigkeit leisten. Sie können eine bessere soziale Teilhabe durch digital verfügbare Bildungsinhalte oder eine höhere Beschäftigungsquote und damit verbunden eine höhere wirtschaftliche Aktivität ermöglichen. Zusätzlich können sie zur Kostensenkung etwa im Gesundheitssystem beitragen.

Negative Externalitäten können sich hingegen etwa durch einen hohen Energieverbrauch der Server ergeben, während sich die resultierenden Schadstoffemissionen in den Preisen der digitalen Güter und Dienstleistungen nicht widerspiegeln. Ein anderes Beispiel ist der Online-Handel, welcher zu einem Aussterben analoger Geschäftsmodelle und infolgedessen zu einer Verödung der Innenstädte führen kann. —>

WORTMELDUNG

WIE ZEITGEMÄSS IST DIE ORDNUNGSPOLITIK?

DIE PARAMETER DES WIRTSCHAFTENS ÄNDERN SICH. DOCH BESTIMMTE GRUNDSÄTZE BLEIBEN GÜLTIG.

(Digitale) Ordnungspolitik? Viele halten das Konzept der Ordnungspolitik für überkommen, typisch deutsch und aus der Zeit gefallen. Walter Euckens Grundsätze der Wirtschaftspolitik – also insbesondere offene Märkte, Privateigentum, Vertragsfreiheit, Haftung und die Konstanz der Wirtschaftspolitik – helfen dennoch seit über 70 Jahren bei der Kursbestimmung der Wirtschaftspolitik in der Sozialen Marktwirtschaft. Die Frage liegt jedoch nahe, wieviel Orientierung diese Grundsätze für das digitale Zeitalter noch bieten können. Zweifellos verändern sich die Parameter des Wirtschaftens. Digitale Geschäftsmodelle machen nicht an nationalen Grenzen halt. Die Rolle von Preissystemen verändert sich, wenn Leistungen vermeintlich kostenlos angeboten werden und Preise ihre Informationsfunktion einbüßen. Doch bei aller Veränderung und Transformation: Funktionierender Wettbewerb mit offenen, bestreitbaren Märkten und klare Regeln zu Verantwortung und Haftung bleiben zweifellos Grundpfeiler der Wirtschaftspolitik. Konstanz und Verlässlichkeit in der Wirtschaftspolitik dürften zudem gerade in Zeiten schnellen Wandels wichtiger denn je sein.

Auch im digitalen Zeitalter ist Wirtschaftspolitik damit vor allem für einen funktionierenden Ordnungsrahmen verantwortlich. Möglich, dass sich digitale Ordnungspolitik dort, wo die Dynamik aus sich heraus schon hoch ist, stärker auch auf das richten muss, was Eucken regulierende Prinzipien nannte. Wo macht drohendes Kippen digitaler Märkte proaktiveres Handeln nötig, etwa zur Eindämmung von Marktmacht großer Plattformen oder zur Korrektur externer Effekte? Wo ist der Ordnungsrahmen zu grob gestrickt, um die Vielfältigkeit der digitalen Ökonomie zu berücksichtigen, und braucht deshalb eine stärkere Fokussierung? Wo braucht er schlicht ein Update? Hieran arbeiten wir tagtäglich. —



DR. PHILIPP STEINBERG
Abteilungsleiter Wirtschaftspolitik und Ressortkoordinator Nachhaltigkeit im Bundesministerium für Wirtschaft und Energie.